

Nr. 21-22/70
16. Jahrgang
2. März 1970

Die aus der Untersuchung der rundfunkpolitischen Entwicklung im südwestdeutschen Raum von der Sachverständigen-Kommission unter dem Vorsitz von Ministerialdirektor a.D. Dr. Elmar Michel gezogenen Schlußfolgerungen und die ersten Reaktionen auf das am 27. Februar 1970 veröffentlichte Gutachten bestimmen den Inhalt dieser afd-Ausgabe.

Gutachten bei drei angebotenen Möglichkeiten im Effekt ohne Ergebnis ?

In ihren Schlußfolgerungen geht die Kommission davon aus, daß sie es einmütig für abwegig hält, im Untersuchungsgebiet für jedes Land eine eigene Rundfunkanstalt zu bilden. Auch verwirft sie die Überlegung, unter Beibehaltung des Saarländischen Rundfunks durch Verschmelzung des Süddeutschen Rundfunks und des Südwestfunks für Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz eine gemeinsame Rundfunkanstalt entstehen zu lassen. Bei der Entwicklung der Vorstellungen von einer optimalen Rundfunkstruktur in Südwestdeutschland fanden die Kommissionsmitglieder keine Übereinstimmung, die in einem einheitlichen Votum sich hätte ausdrücken können. (Seite 155)

Nicht das Stimmenverhältnis, sondern das Gewicht der Argumente maßgebend

SWF-Intendant Helmut Hammerschmidt befürchtet in einer ersten Stellungnahme, der Bericht könnte die Entscheidungen der politischen Instanzen eher erschweren denn erleichtern. Bei der Beurteilung der Kooperation als Übergangsstufe ist die Kommission seiner Ansicht nach von falschen Maßstäben ausgegangen. -- SDR-Intendant Dr. Hans Bausch spricht von einem perfekten und fachlich hochqualifizierten Untersuchungsbericht, der die Landtage noch vor der Sommerpause in die Lage versetzen könnte, Entscheidungen zu treffen, wenn sie politisch dazu entschlossen wären. -- SR-Intendant Dr. Franz Mai sieht sich durch das Votum der Mehrheit der Kommissionsmitglieder in seiner Auffassung bestätigt, die Zweierlösung als die wirtschaftlichste und rundfunkpolitisch vernünftigste anzusehen. -- Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger hebt hervor, daß für ihn nicht das Stimmenverhältnis, sondern das Gewicht der dafür vorgetragenen Argumente maßgebend sei. (Seite 153)

Sowohl Hermann Dexheimer ("Mainzer Allgemeine Zeitung") als auch Fritz Richert ("Stuttgarter Zeitung") sehen - Seite 171 - allein die Drei-Länder-Anstalt als realistisch und zukunftsgerichtet an.

Redaktion:

Roma E. Niehus-Krieger

Fernschreiber: 4 15 178 afdhg

Nachdruck ist Beziehern
honorarfrei gestattet.
Sonstige Auswertungs-
rechte nach besonderer
Vereinbarung.

Nr. 21-22/70 (2.3.70)

BAD HOMBURG, 2. März, (afd) - Erstaunlich schnell haben die Intendanten der drei südwestdeutschen Rundfunkanstalten im Laufe des 27. Februar 1970 in ersten Stellungnahmen auf das Ergebnis der Untersuchung der rundfunkpolitischen Entwicklung im südwestdeutschen Raum (vgl. afd Nr. 20/70) reagiert, das die Landesregierungen von Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und des Saarlandes als gemeinsame Auftraggeber des Gutachtens ohne besondere Formalitäten und ohne Erklärungen - ebenfalls am 27. Februar - der Presse übergeben haben.

Freitagmittag hatte Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger die Intendanten des Süddeutschen Rundfunks und des Südwestfunks, Dr. Hans Bausch und Helmut Hammerschmidt, sowie den Vorsitzenden der Kommission, Ministerialdirektor a.D. Dr. Elmar Michel, zu Gast. Die mit einem Arbeitsessen verbundene Aussprache kann als protokollarischer Ersatz für die nicht zustandgekommene offizielle Übergabe des Gutachtens angesehen werden.

Rainulf W. Schmücker und Klaus Stern für Drei-Länder-Rundfunkanstalt

Aus mehreren Quellen stammende und sich nicht widersprechende Informationen besagen im übrigen, daß Prof. Dr. Wilhelm Hennis sich für eine Beibehaltung des Status quo ausgesprochen habe; Dr. Rainulf W. Schmücker und Prof. Dr. Klaus Stern werden als die beiden Befürworter einer Drei-Länder-Anstalt bezeichnet, während Dr. Elmar Michel sowie die Professoren Dr. Gottfried Eckart, Dr. Werner Nestel und Dr. Karl Schwantag in der Zwei-er-Lösung (eine Rundfunkanstalt für Baden-Württemberg, eine weitere für Rheinland-Pfalz und das Saarland zusammen) die optimale Lösungsmöglichkeit erkannt haben sollen. (Ob es Zufall ist, daß die beiden weder im Untersuchungsgebiet ansässigen noch dort tätigen Mitglieder der Kommission die rundfunkpolitische Zukunft des Südwestraumes in der "Grossen Lösung" sehen, läßt sich nicht sagen, sollte auch nicht herausgefordert werden - d.Red.)

Die Erklärungen der drei Intendanten und die des baden-württembergischen Ministerpräsidenten schließen sich im jeweiligen Wortlaut an. (Die Reihenfolge ergibt sich aus den Uhrzeiten der übermittelten Fernschreiben.)

Bei Beurteilung der (Übergangs)-Kooperation von falschen Maßstäben ausgegangen

Hammerschmidt: Gutachten kann die politischen Entscheidungen erschweren

=====

BADEN-BADEN, 2. März, (afd) - In der ersten Stellungnahme des SWF-Intendanten Helmut Hammerschmidt von Freitag 11.35 Uhr heißt es:

"Das Gutachten verlangt schon wegen seines Umfangs, noch mehr aber wegen seines entscheidenden Merkmals der Widersprüchlichkeit in der Beurteilung und grundlegenden Argumentation eine sehr sorgfältige Prüfung. Auch wenn man seinen begrenzten Zweck würdigt, Entscheidungshilfe für die politischen Instanzen zu sein, steht zu befürchten, daß es die Entscheidungen nicht erleichtern, sondern erschweren könnte.

Die von einer knappen Mehrheit der Kommissionsmitglieder vorgeschlagene Lösung geht von der Voraussetzung aus, daß eine Länderanstalt Rheinland-Pfalz/Saarland lebensfähig wäre. Diese Anstalt wäre jedoch unstreitig weniger leistungsfähig als der Süddeutsche Rundfunk in seinem Bestand vor der Gebührenerhöhung, dessen gefährdete Existenz zu den Gründen der jetzt vorliegenden Untersuchung gezählt wurde. Die wesentlichen Argumente gegen diese von der Mehrheit vorgeschlagenen Lösung finden sich in den Teilen des Gutachtens, die sich mit der Drei-Länder-Anstalt (Forts.)

Gutachten kann die politischen Entscheidungen erschweren (Forts.)

befassen und in den Ausführungen der Kommissionsmitglieder, die sich gegen die Zweiteilung ausgesprochen haben.

Bei der Beurteilung der Kooperation, welche in jedem Falle als Übergangsstufe erforderlich ist und schon im Hinblick auf die bevorstehenden Kooperationsmaßnahmen aller Rundfunkanstalten von besonderer Bedeutung sein wird, ist die Kommission von falschen Maßstäben ausgegangen.

Die Ergebnisse einer genauen Prüfung werden den politischen Instanzen mit größter Beschleunigung vorgelegt werden. Es soll damit eine tragfähige Grundlage für eine so weitreichende Entscheidung geboten werden, wie es die Auflösung von drei Rundfunkanstalten und deren Zusammenführung in einer neuen Form wäre, welche in den nächsten zehn Jahren Bestand haben soll. Nur so können die Landesregierungen und Landespimente zu einer Entscheidung finden, die den kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gegebenheiten des Südwestraumes gerecht wird."

"Großartiges Beispiel für parlamentarische Entscheidungshilfe"

Bausch: Standard-Dokumentation, wie es sie in diesem Umfang noch nicht gibt
=====

STUTTGART, 2. März, (afd) - Die von der Presse- und Informationsabteilung (Freitag 11.55 Uhr) übermittelte Erklärung des Intendanten des Süddeutschen Rundfunks, Dr. Hans Bausch, hat folgenden Wortlaut:

"Der Kommissionsbericht ist eine perfekte und fachlich hochqualifizierte Untersuchung. Er legt die Probleme so gründlich und überzeugend offen, daß die Landtage noch vor der Sommerpause Entscheidungen treffen könnten, wenn sie politisch dazu entschlossen wären.

Die Kommission hat mit ihrer Arbeit ein großartiges Beispiel für eine parlamentarische Entscheidungshilfe gegeben. Darüberhinaus bildet der Bericht eine Standard-Dokumentation über den Rundfunk in der Bundesrepublik, wie es sie in diesem Umfang noch nicht gibt."

Saarländischer Rundfunk sieht sich in erfreulicher Weise bestätigt

Mai: Zum Rücktritt bereit, wenn er damit die Lösung der Aufgabe erleichtert
=====

SAARBRÜCKEN, 2. März, (afd) - Die Pressestelle des Saarländischen Rundfunks ließ afd (Freitag 15.20 Uhr) die folgende Stellungnahme zugehen:

"Die Geschäftsführung des Saarländischen Rundfunks erklärt zur Übergabe des Berichtes der Kommission zur Untersuchung der rundfunkpolitischen Entwicklung im Südwestraum:

Die erste Durchsicht dieses Berichtes zeigt schon die außerordentliche Sachkenntnis, die gründliche Abwägung aller Gesichtspunkte und die von Einzelinteressen unabhängige Meinungsbildung der Kommission. Der Bericht muß daher als eine entscheidende sachgerechte Grundlage (Forts. Seite 170)

- - - - -

Auf den anschließenden Seiten 155 - 168 sind die Schlußfolgerungen der Kommission (foto-mechanisch dem Original des Gutachtens entnommen) in ihrem vollen Umfang wiedergegeben: